



BLITZINFO

August 2017

Neuwahl: Fluch oder Segen?

Welche Auswirkungen hat die vorgezogene Nationalratswahl für uns Polizisten? Ist es ein Fluch (wichtige Vorhaben für die Exekutive werden aufgeschoben oder gar verworfen) oder ein Segen (Verteilung von Wahlzuckerln)?

Wir von der AUF/FEG können diese Frage ohne groß nachzudenken beantworten:

Es ist kein Segen!

Von den im Zuge des Projektes „Gemeinsam sicher“ mit dem BM.I ausverhandelten Verbesserungen wurden bisher vom „Gesamtpaket“ lediglich die **Bewertungsverbesserungen** der PI-Kommandanten auf E2a/5 umgesetzt.

Das „Nachziehen“ der **Stellvertreter** um eine Stufe wird wahrscheinlich nach einem neuerlichen Schlagabtausch zwischen SCHWARZ und ROT noch kurz vor der NR-Wahl verkündet werden.

Dann dürfte der Zuckerl- und Rosinenshop des BM.I vermutlich die Insolvenz anmelden.

Fazit:

Die E2b-Kolleginnen und Kollegen bleiben auf der Strecke.

Die **Erhöhung der NZG** auf 1,5 Stunden bedarf einer Gesetzesänderung durch den Nationalrat. Ob eine Änderung noch vor der NR-Wahl beschlossen wird, werden wir erst in ein paar Wochen erfahren.

Und die **Ausweitung der E2b-Zulage** steckt derzeit in der Arbeitsgruppe fest.

Dabei wäre die Umsetzung unabhängig von der derzeitigen Situation jederzeit möglich, weil die Zulage nur mittels Verordnung des BM.I festgesetzt ist.

Es bedarf daher weder der Zustimmung des Bundeskanzleramtes oder des Ministerrates noch einer Gesetzesänderung durch den Nationalrat. Der Bundesminister für Inneres ist in dieser Sache allein entscheidungsbefugt.

Die AUF/FEG wird das „IMSTICHLASSEN“ der E2b-Kolleginnen und Kollegen so nicht hinnehmen und alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die bereits zugesagten und ausverhandelten Verbesserungen zu erreichen.

Wir geben nicht AUF.



RÜCKMELDUNG eines Kollegen zu den Bewertungsverbesserungen!

Gratulation an die Polizeigewerkschaft für dieses großartige Verhandlungsergebnis, wo den Kommandanten die Medaillen und Titel (mit Gehaltserhöhung!) nur so nachgeschmissen werden. Ist ja schön und gut, dass Besserstellungen gelungen sind, aber warum nur für die "Leistungsklasse"! Ich frage mich nur wo war/ist die Leistung? Noch ist der "Eckstein" der Polizei der kleine fleißige E2b-Beamte. Dieser geht natürlich leer aus. In unseren (E-2b)Reihen wird

schon heftig darüber diskutiert, für was dieser Geldregen (sind es Stillhaltezahlungen/Stimmenkauf... oder so) ausgeschüttet wurde.

Wo bleibt die Gleichheit/Gerechtigkeit für die restlichen Bediensteten?

Zum Nachdenken: in Gendarmeriezeiten ab 1980 gab es fünf Rangabzeichen für Nichtoffiziere. Nach 25 Jahren wurde er GI bzw danach BI (ist ja mehr) ohne Funktionsspanne. Ab 2005 gibt es ?? Anstelle Geld mehr Titel (damalige Aussage: zu viele Häuptlinge zu wenige Indianer zum Arbeiten).

Die jetzige Titelverteilung ist ja schon ärger als zu Zeiten des BGK's, als die alten Bezirkskommandanten ohne Matura bzw. mit einem Schnellsiedekurs zu Offizieren ernannt wurden (die **MOM's**—Major ohne Matura)

Und ich habe mir gedacht die Monarchie ist Geschichte...

Wir haben das im engen Kollegenkreis diskutiert, warum wir E-2bler immer die Gschmierten sind...

Die Vorgangsweise ist natürlich wieder recht motivierend...

Antrag der AUF/FEG zur Erweiterung der Kostenersatzpflicht nach § 92a SPG soll umgesetzt werden!

Immer öfter werden Exekutivbedienstete **ungerechtfertigt** zu Einsätzen gerufen, ohne dass die Notwendigkeit polizeilichen Einschreitens tatsächlich gegeben ist.

Dass die Exekutive angesichts ihrer knappen Ressourcen **grundlos** in Anspruch genommen wird bzw. in jüngsten Einzelfällen sogar zu dem Zweck angefordert wird, das Einschreiten der Beamten zu filmen und anschließend über das Internet zu verbreiten (Stichwort: „**Polizei PRANK**“), muss daher mit einer entsprechenden **Kostenersatzpflicht** geahndet werden können.

Diese Maßnahme ist vor allem im Hinblick auf die unnötigen, damit verbundenen Kosten für den Polizeiapparat dringend geboten.

Eine **gesetzliche Sanktionsmöglichkeit** im Wege einer Kostenersatzpflicht im SPG würde zudem klarstellen, dass der Arbeit unserer hochqualifizierten Exekutive ein entsprechender Stellenwert durch die Öffentlichkeit beizumessen ist.

Antrag im ZA

Daher hat die **AUF/FEG** im April im Zentralausschuss den **Antrag** eingebracht, den Herrn BM für Inneres zu ersuchen, im Rahmen seiner Möglichkeiten auf parlamentarischer Ebene einen **Ministerialentwurf** in Auftrag zu geben, welcher eine Erweiterung der Kostenersatzpflicht nach § 92a SPG vorsieht.

Insbesondere sollte in § 92a SPG (Kostenersatzpflicht) folgender Abs. 1a eingefügt werden:

1a) Ebenso gebührt ein Ersatz für die Aufwendungen des Bundes, wenn durch ein schuldhaftes Verhalten vorsätzlich oder grob fahrlässig das Einschreiten von Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes verursacht wird, ohne dass für den Verursacher oder Dritte bzw. deren Vermögen tatsächlich eine Gefahr bestanden hat oder die Notwendigkeit polizeilichen Handelns überhaupt gegeben war. Die Höhe der Ersatzleistung ist gem. Abs. 1 festzusetzen. Die Verpflichtung zur Entrichtung trifft den Verursacher.

Die AUF/FEG hat die Möglichkeit über den **Ministerialentwurf** gewählt, **ohne Rücksicht auf die politische Zugehörigkeit des Ministers**, weil wir keine Berührungsängste mit anderen Fraktionen bzw. Parteien haben und weil wir uns dadurch eine unbürokratische und rasche Umsetzung erhofften. Die letztendliche Verbuchung eines Erfolges ist für uns nachrangig, wenn für die KollegInnen wieder etwas erreicht werden konnte.

Der Innenminister hat im Zuge der geplanten Änderung des SPG unseren Vorschlag vollinhaltlich übernommen und in den Entwurf der Gesetzesvorlage eingearbeitet.

Die Vorlage befindet sich derzeit im Begutachtungsverfahren im Parlament.

KOMMENTAR von BULLI



Schwerer Rückfall der beiden Alt-Fraktionen

In den Verhandlungen zwischen dem BM.I und dem Zentralausschuss zum Thema „GEMEINSAM. SICHER“ konnten akzeptable Ergebnisse nur erreicht werden, weil **alle drei** Fraktionen im ZA **gemeinsam** und **beharrlich** an wesentlichen Bedingungen und jahrelangen Forderungen festhielten. Ein erster Hauch von konstruktiver Zusammenarbeit der drei Fraktionen machte sich breit, es „funzte“ fast reibungslos.

Doch dann „zerbrach“ die Regierungskoalition und die beiden Alt-Fraktionen fielen in ihr Jahrzehnte altes Schema der **Partei-Hörigkeit** zurück.

Die FSG bediente sich der **maßlosen Übertreibung** und die FCG der **maßlosen Beschwichtigung**.

In ihren Publikationen werben sie für die politischen Parteien, obwohl wir Personalvertreter eigentlich die Kolleginnen und Kollegen zu vertreten haben und **nicht** die wahlwerbenden Parteien.

Die FSG bezeichnete uns in ihrer letzten Ausgabe des „roten Fadens“ als **Ansammlung unehrlicher Funktionäre** und die FCG meint in ihrer Zeitschrift „Die Exekutive“, dass **andere Fraktionen nur mit Aussendungen beschäftigt waren und meinen, dass dies für die Vertretung der KollegInnen ausreicht. Die kontinuierliche und hartnäckige Arbeit der FCG -KdEÖ habe sich gelohnt.**

Wir dagegen sind der Ansicht, dass nur durch ständig wiederkehrendes, hartnäckiges Aufzeigen durch die **AUF/FEG** eine Vielzahl von Forderungen überhaupt erst zur Sprache gebracht bzw. zur Umsetzung gelangten.

FCG und FSG haben zum Beispiel **keinen** Antrag eingebracht, dass die Frist für den Verbrauch der NZG **von 6 auf 9 Monate verlängert** werden soll. Einzig allein die AUF/FEG hat diese Änderung beantragt und zur baldigen Umsetzung bringen können.

Wenn die beiden Alt-Fraktionen es schon nicht lassen können, ständig Werbung für ihre **politischen** Parteien zu machen, dann sollen sie uns auch gefälligst erklären, warum die Polizei nach **72 Jahren SPÖVP**-Regierung (mit ein paar Jahren Unterbrechung) zu **wenig Personal** hat, **Millionen Überstunden** leisten muss, keine **gerechte Pensionsregelung** hat, oder warum die **Aufwandsentschädigung** seit **45 Jahren** und die **E2b-Zulage** seit **12 Jahren** unverändert niedrig ist!

Ein absurder Gedanke: Soll man den beiden Altfraktionen dankbar dafür sein, dass sie die Erhöhung der Aufwandsentschädigung seit 72 Jahren **kontinuierlich** und **hartnäckig** verhindern konnten?

Trotz allem: Wir von der AUF/FEG sind auch in Zukunft bei weiteren Themen für eine friktionsfreie Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen bereit. **NUR gemeinsam sind wir STARK**, meint euer

FSG im Wahlkampfmodus!

Kollege Greylinger versucht in seinem aktuellen Artikel "**Der rote Faden**" wieder einmal auf untergriffige Art und Weise alle Schuld an Versäumnissen und Fehlentwicklungen von sich - bzw. der roten Reichshälfte - zu schieben. Seine mahnenden Worte sollen dabei allen KollegInnen klarmachen, dass nur er und seine Partei der Garant für Wohlstand und sozialen Frieden sind.

Angst als Triebfeder!

Treibt ihn dabei aber wirklich der Wunsch nach Verbesserungen bzw. die Angst vor möglichen Verschlechterungen für die Kollegenschaft an? Oder ist es nicht vielmehr die **Panik vor einem drohenden Machtverlust**, der ihn und die Spitzenfunktionäre der FSG dazu veranlasst, zum x-ten Mal an die angeblichen "Grauslichkeiten" der schwarzblauen Regierung zu erinnern?

Anders ist es wohl nicht erklärbar, dass man sich etwa nicht mehr daran erinnern will, dass **die Verschlechterungen im Pensionsrecht nachweislich bereits Ende der Neunziger unter roter Kanzlerschaft eingeläutet und beschlossen wurden.**

Niemals vergessen!

So lautet ein beliebter Wahlspruch der **roten Unschuldengel.**

Faktum ist aber, dass Kollege Greylinger und seine Genossen in über 10 Jahren roter Kanzlerschaft **keine einzige**

der angeprangerten Verschlechterungen zurückgenommen haben.

Genauso ist es eine Tatsache, dass in den letzten 10 Jahren unter roter Führung (Regierung, Polizeigewerkschaft und Personalvertretung) **weitere Verschlechterungen beschlossen** und umgesetzt wurden.

Wir wollen hier nur beispielhaft an die teilweise **Abschaffung der Jubiläumswendungen**, die **Streichung des Rechtsschutzes** für die Exekutive oder die **Nulllohnrunde 2013** erinnern.

Auf die **katastrophalen Puschgesetze** aus dem roten Bundeskanzleramt **in Zusammenhang mit dem Vorrückungstichtag** und der Anrechnung von Vordienstzeiten braucht man wohl ohnehin nicht extra hinweisen, da sie ja bis heute die Gerichte beschäftigen.

Der unsichtbare Faden der FSG!

Schaut man genauer hin, ist ein **kein roter Faden** im Sinne einer kontinuierlichen und ehrlichen Interessensvertretung bei der FSG erkennbar.

Halbwahrheiten werden von immer wiederkehrenden Versprechungen abgelöst und wenn man sich gar nicht mehr zu helfen weiß, holt man eben zum **kollektiven Rundumschlag** aus.

Als Beleg dafür braucht man sich nur die aktuelle Diskussion um die Erhöhung des **Nachtzeitguthabens**

(Übrigens: Diese wurde erstmalig von der AUF/FEG in Zusammenhang mit der Diskussion zum Zeitwertkonto erhoben) ansehen:

- Kurz vor der PV-Wahl 2014 kündigte die FSG großmundig **die Erhöhung von einer Stunde auf 2 Stunden** pro Nachtdienst an.

- Kurz vor der Nationalratswahl 2017 kündigte sie nun in einer Aussendung an, dass die **Erhöhung auf 1,5 Stunden** bereits auf den parlamentarischen Weg gebracht wurde.

- Jetzt stellt Kollege Greylinger mit diesem Artikel **plötzlich wieder alles in Frage** und könnte dies doch nicht, oder noch nicht, oder vielleicht erst irgendwann der Fall sein (??).

Vielleicht erhalten wir ja dann kurz vor der PV-Wahl 2019 die Jubelnachricht, dass die FSG erreichen konnte, dass die NZG Stunde **nicht** gekürzt wird.

Wie auch immer, es möge sich jeder selbst die Meinung über einen derart **konfusen "roten Faden"** bilden und es sollte sich auch vor allem jeder von uns eine Frage stellen:

Wer war die letzten Jahrzehnte wirklich an der Macht in diesem Land und hätte Zeit und Gelegenheit gehabt, spürbare Verbesserungen für die Exekutive etwa beim Personal (Zuständigkeit durch das Bundeskanzleramt) zu fordern und umzusetzen?

Euer Team der AUF/FEG

Du hast das App noch nicht? Einfach den entsprechenden QR Code scannen, installieren und loslegen...



GEMEINSAM.SICHER nur eine "Geldverbrennungsmaschine"?

Obwohl für den „Basispolizisten“ an allen Ecken und Enden gespart wird - Personal/Technik/Ausrüstung - (oder habt ihr schon alle die neue Taschenlampe **Led Lenser?**), wird auf der anderen Seite **das Geld zum Fenster hinausgeworfen.**

Beispiel gefällig:

Die Werbekampagne für „Gemeinsam sicher“ in einer Wochenzeitung. Dort wurde zumindest in vier Ausgaben je eine ganze Seite landesweit inseriert. **Kostenpunkt: ca. 53.000 Euro.**

Wohlgemerkt: nur für ein **einziges Printmedium** in einem **einzigem Bundesland.**

Die bundesweiten Kosten wollen wir wahrscheinlich gar nicht wissen.

Es stellt sich damit auch die Frage, ob das Projekt so **uninteressant** ist, dass die Presse davon nicht von sich aus berichtet und man daher für dessen Bekanntmachung so tief in die Tasche greifen muss.

Aber wie wir alle wissen, geht's immer noch besser:

Das BM.I hat nun in einer schriftlichen Weisung allen LPD's angeordnet, dass *die im Zusammenhang mit der Initiative GEMEINSAM.SICHER in Österreich (GSiÖ) an die Landespolizeidirektionen ausgegebenen Info-Broschüren „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ (siehe Faksimile unten) nicht mehr aktuell und demzufolge entsprechend zu entsorgen seien; ein Update der Folder sei derzeit*

nicht geplant.

Nicht mehr aktuell, weil NR-Wahlen vor der Türe stehen und es noch ungewiss ist, ob der Innenminister nach der Wahl noch der gleiche sein wird?

Nicht mehr aktuell, weil der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit nicht mehr Generaldirektor ist?

GESTALTEN WIR UNSERE SICHERHEIT GEMEINSAM



Mag. Wolfgang Sobotka
Bundesminister für Inneres



Mag. Mag. (FH) Konrad Kogler
Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit



Mag. Erwin Hameseder
KSO-Präsident



Dr. Christa Kummer
Sicherheitsbotschafterin

GEMEINSAM.SICHER in Österreich fördert und koordiniert den professionellen Sicherheitsdialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinden und Polizei. In manchen Schwerpunkten braucht es auch Sicherheitspartner aus einer Schule, einem Unternehmen oder einer sozialen Einrichtung. Die Menschen in GEMEINSAM.SICHER in Österreich handeln dort, wo die Sorgen sind, auf gleicher Augenhöhe, mit strenger Obacht darauf, dass niemand seinen zulässigen Handlungsraum verlässt. Das Ziel: als „Gesellschaft des Hinsehens und aktiven, verantwortungsvollen Handelns“ die Sicherheit von uns allen positiv zu entwickeln.

Für den Inhalt verantwortlich:

Franz Hartlieb, Bundesvorsitzender der Freien Exekutiv Gewerkschaft (FEG)

Deine Ansprechpartner in den Bundesländern:

